


Bedingt nachhaltig

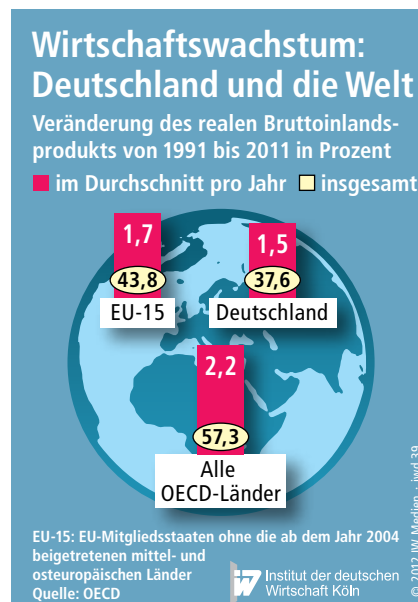
Wirtschaftswachstum. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist in Deutschland seit 1991 zwar langsamer gestiegen als im Schnitt der Industrieländer. Doch in mancherlei Hinsicht war und ist das deutsche Wachstum nachhaltiger – zum Beispiel, weil viel Geld in die Forschung fließt. Zu den Schwachstellen zählen die eher niedrige Investitionsquote und der hohe Energieverbrauch. 

Die Euro-Schuldenkrise macht es deutlich: Wenn die Wirtschaft nicht wächst, sind finanzpolitische und soziale Probleme nur schwer in den Griff zu bekommen. Ein Blick auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zeigt, wie sich die deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich entwickelt hat (Grafik):

Das reale Bruttoinlandsprodukt Deutschlands ist von 1991 bis 2011 im Jahresschnitt um 1,5 Prozent gestiegen, die OECD-Länder kamen im Durchschnitt auf 2,2 Prozent.

Allerdings muss wirtschaftliches Wachstum nachhaltig sein. So gilt es vorzusorgen, damit künftige Generationen einen vergleichbaren oder sogar höheren Wohlstand genießen können. Deshalb ist es sinnvoll, zusätzlich zum BIP auch Kennziffern in den Blick zu nehmen, die die Nachhaltigkeit beurteilen:

Ökonomische Nachhaltigkeit. Die Forschungsaktivitäten sind ein Indikator dafür, inwieweit heute der Boden für das Wachstum von morgen bereitet wird. Hier ist Deutschland Vorreiter (Grafik Seite 2):



Im Jahr 2010 haben die deutschen Unternehmen und der Staat gut 2,8 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung ausgegeben – im europäischen Vergleich ein Spitzenwert.

Zudem ist die deutsche FuE-Quote in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen.

Investitionen sind ebenfalls wichtig, damit der Kapitalstock – etwa die Produktionsanlagen der Betriebe – ausgebaut und modernisiert werden kann. Die deutsche Wirtschaft hat 2010 jedoch nur rund 17 Prozent des BIP für neue Maschinen, Fertigungsanlagen und Bauten ausgegeben – gut 1 Prozentpunkt weniger als der Durchschnitt der Industrieländer. Bedenklich ist vor allem, dass der Trend zuletzt nach unten wies.

Auch andere Indikatoren zeigen, dass es um die ökonomische Nachhaltigkeit in Deutschland nur halbwegs gut bestellt ist. Zwar sind zum Beispiel die Arbeitnehmer überdurchschnittlich produktiv – aber ihre Zahl wird künftig schrumpfen, weil Deutschland schnell altert und es weniger Nachwuchs gibt. →

Inhalt

Altersarmut. In seinem Essay geht der Leiter des IW-Hauptstadtbüros, Knut Bergmann, der Frage nach, wie Gerechtigkeitsdebatten hierzulande geführt werden.
Seite 3

Verkehrsinfrastruktur. Obwohl der Staat von den Autofahrern genug Geld einnimmt, um das Straßennetz intakt zu halten und zu erweitern, wird seit Jahren zu wenig investiert.
Seite 4-5

Demografischer Wandel. Die geringen Geburtenzahlen führen in Deutschland zu einem Fachkräftemangel, der nur durch ein ganzes Maßnahmenbündel abgemildert werden kann.
Seite 6-7

Migranten. In den Golfstaaten leben und arbeiten besonders viele Gastarbeiter. In Katar und Kuwait sind die Einheimischen mittlerweile sogar schon in der Minderheit.
Seite 8

→ **Soziale Nachhaltigkeit.** Um den Zusammenhalt und die Entfaltungsmöglichkeiten in einer Gesellschaft zu erhalten und zu stärken, ist eine Ressource unverzichtbar: Geld. Daher bemisst sich die soziale Nachhaltigkeit auch am Einkommen:

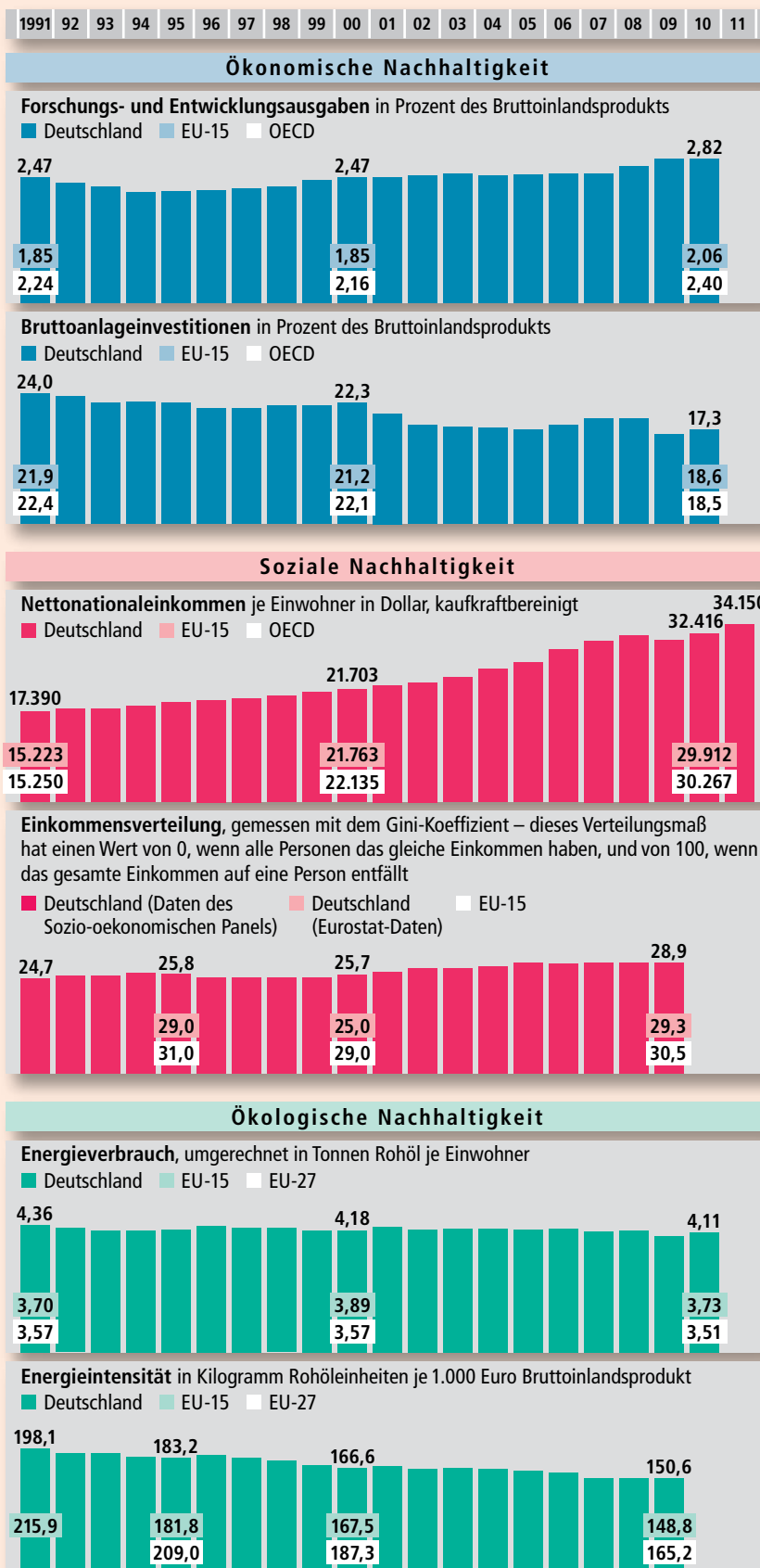
Das deutsche Nettonationaleinkommen je Einwohner lag 2010 bei rund 32.400 Dollar – das waren etwa 2.500 Dollar mehr als in der EU-15, also der Europäischen Union vor der Ost-Erweiterung.

Die Einkommen hierzulande sind nicht nur höher, sondern zudem etwas gleichmäßiger verteilt als bei den europäischen Nachbarn. Und seit 2005 hat die Ungleichheit auch nicht weiter zugenommen, so die Zahlen des Sozio-oekonomischen Panels.

Ökologische Nachhaltigkeit. Die deutsche Wirtschaft hat nach wie vor einen höheren Industrieanteil als andere wohlhabende Volkswirtschaften. Folglich ist nicht nur der Energieverbrauch je Einwohner höher als anderswo, Deutschland emittiert pro Kopf gerechnet auch mehr Treibhausgase. Dennoch kommt die größte Wirtschaft Europas je 1.000 Euro BIP mit weniger Energie aus als die EU-Staaten im Durchschnitt. Zudem geht Deutschland sparsamer mit knappen Rohstoffen um (siehe auch Beilage „Wirtschaft und Unterricht“ in dieser Ausgabe): Mit jeweils dem gleichen Materialverbrauch erbrachten die Unternehmen zuletzt eine um rund 34 Prozent höhere Wirtschaftsleistung als die Firmen im EU-Schnitt.

Die Nachhaltigkeit der deutschen Wirtschaft

Die folgenden ausgewählten Indikatoren geben einen Hinweis darauf, wie nachhaltig sich die deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich entwickelt hat. Dabei wird zwischen drei Nachhaltigkeitsaspekten unterschieden.



Microsite

Weitere Fakten, Analysen, Grafiken und Videos zum Thema Wachstum ab 28. September unter:

www.w-wie-wachstum.de

Kein Klassenkampf, bitte

„Immer mehr Niedriglohn-Beschäftigte“, „Vielen droht Altersarmut“, „Die Gesellschaft fällt auseinander“ – so oder ähnlich lauteten viele Schlagzeilen der letzten Wochen. Kurzum: Das Land scheint von sozialer Spaltung bedroht. Doch stimmt das? Und: Führen wir eigentlich die richtigen Debatten?

Ursula von der Leyen zufolge werden viele Menschen zukünftig keine ausreichende Rente mehr bekommen. Nach den Daten des Statistischen Bundesamts kommen jedoch mehr als 97 Prozent der Ruheständler ohne staatlich gewährte Grundsicherungsleistungen aus. Und obwohl ein gewisses Maß an verschämter Altersarmut existiert, weisen die Armutsforscher landauf, landab auf die nur geringe Armutsgefährdung der Rentner hin.

Außen vor gelassen wird in all der Aufregung nämlich oft, dass neben der staatlich organisierten Säule der Altersvorsorge noch eine private und betriebliche Säule existieren. Zudem steuert häufig noch der Ehepartner etwas zum Haushaltseinkommen bei. Gerade bei Themen, die mit Gerechtigkeitsfragen zu tun haben, wird häufig unsachlich argumentiert; in den Medien werden oft krasse Einzelfälle zum Modell erhoben.

Natürlich kann niemand bestreiten, dass es Menschen gibt, die nicht genug verdienen oder eine zu geringe Rente bekommen, um davon leben zu können – die Regel sind diese Fälle glücklicherweise heute gleichwohl nicht.

Auch die Mittelschicht, um deren Bestand sich viele Publizisten seit Jahren große Sorgen machen, ist stabiler als vielfach angenommen: Einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zufolge hat daran nicht ein-

mal die schwere Wirtschaftskrise 2008 und 2009 etwas geändert. Nach wie vor zählt etwa die Hälfte der Bevölkerung zur Mitte.

Und selbst wenn mit zunehmendem Einkommen die Vermögen verhältnismäßig stärker steigen, heißt das nicht, dass die Mittelschicht nicht ebenfalls über ein respektables Vermögen verfügt. Die Formel „Je besser es den einen geht, umso schlechter muss es den anderen ergehen“ stimmt schlichtweg nicht – der Reichtum der einen macht die anderen bestenfalls relativ ärmer, in keinem Fall aber substantiell arm.

Eine wirklich gute Nachricht ist, dass die Angst vor sozialem Abstieg bei den

Nicht der Mangel an Geld ist das größte Problem, sondern die Armut an Bildung und damit an Chancen auf einen sozialen Aufstieg.

allermeisten Bundesbürgern unbegründet ist. Seit 1991 schwankt der Anteil derjenigen, die aus der Mittelschicht „nach unten absteigen“, in engen Grenzen um rund 2 Prozent. Außerdem schaffte etwa die Hälfte von ihnen bereits nach einem Jahr den Aufstieg zurück in die Mitte.

Tatsache ist genauso, dass die Zunahme von Teilzeit- und Minijobs, Leiharbeit und befristeten Stellen nicht zulasten der Normalarbeitsverhältnisse gegangen ist. Vielmehr eröffnen diese sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnisse oftmals Menschen, die vorher keine Arbeit hatten, die Perspektive auf eine dauerhafte Beschäftigung.



Knut Bergmann

Foto: Herrmann, Lang/iW Medien

Kümmern müssen wir uns vor allem um den untersten Rand der sozialen Skala. Doch hier ist vielleicht nicht einmal der Mangel an Geld das größte Problem, sondern die Armut an Bildung und damit an Chancen auf einen sozialen Aufstieg. Denn so sehr in vielen Debatten mit oftmals tragischen Einzelfällen argumentiert wird – es ist und bleibt richtig, dass nichts so sehr vor Armut schützt wie eine gute Ausbildung. Das ist eigentlich eine Binsenweisheit, die allerdings in mancher Diskussion verdrängt wird. Denn nach den Ursachen für geringe Einkommen zu fragen, ist nicht schicklich.

Viel einfacher ist es, nach Umverteilung zu rufen – die wird es schon richten. Dass die wirklich großen Vermögen bei uns jedoch zumeist Betriebskapital sind, also in Unternehmen stecken, und nicht immer eindeutig zu beziffern sind, gleichwohl aber bei gewinnbringendem Einsatz für sichere Arbeitsplätze sorgen, wird gern unterschlagen. Es scheint ja auch viel einfacher so. Der Antwort, wie sich gesellschaftlicher Zusammenhalt auf Dauer sichern lässt, kommen wir auf diese Weise aber nicht näher. Und ein Rückfall in die Zeit des Klassenkampfes hilft ebenso wenig.

Dr. Knut Bergmann
Leiter des IW-Hauptstadtbüros

450.000 Kilometer Stau

Verkehrsinfrastruktur. Deutschland investiert seit langem zu wenig in seine Straßen. Trotz hoher Einnahmen durch Steuern und Abgaben aus dem Straßenverkehr wird die Infrastruktur auf Verschleiß gefahren. Die Folgen sind nicht mehr zu übersehen.

In Deutschland laufen etwa 70 Prozent des Güterverkehrs und mehr als 80 Prozent des Personenverkehrs über die Straße. Dabei musste sich der Straßenverkehr seit 1990 quasi neu erfinden. Denn mit der Wiedervereinigung rückte Deutschland vom Rand in das Herz Europas und wurde zur Logistikkreuzung für

den ganzen Kontinent. So wuchs beispielsweise der Lkw-Verkehr um mehr als 75 Prozent. Doch während die Nutzung des Straßennetzes zugenommen hat, ist der Ausbau weit zurückgeblieben.

Das gilt vor allem für die Bundesfernstraßen. Zwar ist das Autobahnnetz seit 1991 um 1.800 Kilometer

gewachsen – zuletzt kam der Autobahnbau allerdings praktisch zum Stillstand:

Im Jahr 2011 wurden gerade mal 6 Kilometer Autobahn neu gebaut.

Auch Landes- und Kreisstraßen wurden nur sehr verhalten ausgebaut, wobei ein Teil des Zuwachses rein rechnerisch ist, weil Bundesstraßen zu Landesstraßen umgewidmet wurden.

Das Hauptproblem ist, dass der Verkehrsminister schon lange nicht mehr das nötige Geld erhält. Im Jahr

Vorfahrt für Autobahnen

Länge der öffentlichen Straßen am 1. Januar in Kilometern

	Ins-gesamt	Bundes-autobahnen	Bundes-strassen	Landes-strassen	Kreis-strassen
1991	226.300	11.000	42.100	84.900	88.300
1996	231.100	11.200	41.500	86.800	91.600
2001	230.800	11.800	41.200	86.800	91.000
2006	231.400	12.500	40.700	86.600	91.500
2011	230.800	12.800	39.700	86.600	91.700
Veränderung 2011 gegenüber 1991 in Prozent	2,0	16,4	-5,7	2,0	3,9

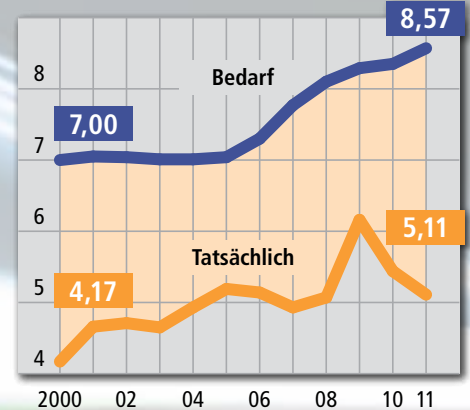
Quellen: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwtd 39

Löcher ohne Geld

Investitionen in Fernstraßen in Milliarden Euro



Quellen: Bundesfinanzministerium, Statistisches Bundesamt, Kommission Verkehrsinfrastrukturfinanzierung

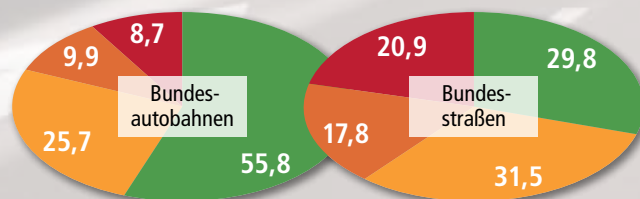
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwtd 39

Vernachlässigte Bundesstraßen

So viel Prozent der Bundesfernstraßen sind in diesem Zustand

- praktisch keine Probleme
- kleinere Beanstandungen
- mittelfristig reparaturbedürftig
- Reparaturbedarf



Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwtd 39

2000 schätzte eine Kommission im Auftrag der Bundesregierung den jährlichen Finanzierungsbedarf auf 7 Milliarden Euro. Seitdem kam kein Straßenbauetat auch nur in die Nähe dieses Bedarfs. Der Durchschnitt lag eher bei 5 Milliarden Euro. Nicht eingerechnet in diese Zahlen sind zudem die gestiegenen Baukosten.

Bauleistungen, die im Jahr 2000 noch 7 Milliarden Euro kosteten, erforderten 2011 Ausgaben von 8,6 Milliarden Euro.

Real gerechnet fehlen für den Straßenbau seit dem Jahr 2000 insgesamt 31 Milliarden Euro – und die

mittelfristige Finanzplanung verspricht keine Besserung.

Dabei nimmt der Bund genug Geld über Steuern und Abgaben der Autofahrer ein, um die nötigen Investitionen zu stemmen – allein 2010 waren es 46,5 Milliarden Euro.

Im Fernstraßenetat landete aber im Großen und Ganzen nur die Lkw-Maut, von den Steuern dagegen blieb kaum etwas für die Straße übrig, obwohl ein Teil der Mineralölsteuer eigentlich dafür vorgesehen ist. Ernüchternd ist zudem, dass die Einführung der Maut keineswegs zu mehr Investitionen geführt hat – die

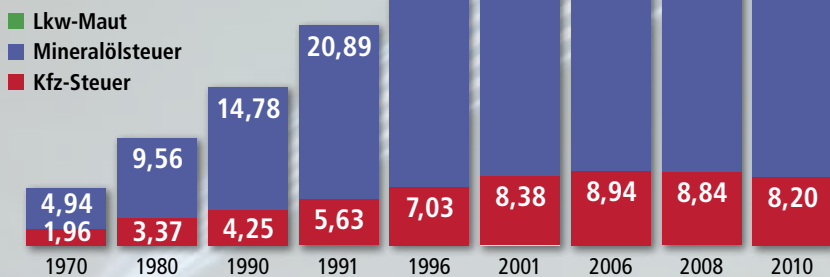
Politik hat die zusätzlichen Mittel einfach an anderer Stelle gekürzt.

Das Ergebnis dieser Sparpolitik sind kaputte Straßen und Staus:

- Bei 9 Prozent der Autobahnen und 21 Prozent der Bundesstraßen müsste eigentlich sofort der Bautrupps anrücken. Vor allem die Haupttrouten des Lkw-Verkehrs auf den Wegen von und zu den Seehäfen Hamburg, Rotterdam und Antwerpen sind betroffen.
- Im Jahr 2011 zählte der ADAC auf den Autobahnen fast 190.000 Staus, die zusammen 450.000 Kilometer lang waren. Über 44 Prozent der Staus entfielen dabei auf nur 20 Strecken.

Ergiebige Mineralölsteuer

Einnahmen des Bundes aus dem Straßenverkehr in Milliarden Euro



Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Wo die Brummis am meisten brummen

Ergebnisse der Verkehrszählung 2010

✕ Autobahnkreuz ▲ Autobahndreieck ➤ Autobahnabfahrt

	von	nach	Mautpflichtige Lkw je 24 Stunden
A 2	➤ Hannover-Herrenhausen	▲ Hannover-West	26.998
A 3	➤ F-Süd	✕ Offenbacher Kreuz	24.263
A 2	➤ Lehrte-Ost	➤ Hämelerwald	21.921
A 2	✕ Hannover-Ost	➤ Lehrte	21.732
A 10	▲ Nuthetal	➤ Michendorf	20.159
A 5	➤ Karlsruhe-Mitte	▲ Karlsruhe	20.034
A 7	➤ Hamburg-Waltershof	➤ Hamburg-Moorburg	19.836
A 7	➤ Hamburg-Heimfeld	▲ Hamburg-Südwest	19.721
A 2	✕ Bad Oeynhausen	➤ Porta Westfalica	19.490
A 3	➤ Oberhausen-Holten	✕ Oberhausen-West	19.141

Anmerkung: Wenn zwei Abschnitte direkt aufeinanderfolgen, wird in der Tabelle nur der mit der höheren Zahl aufgeführt; Quelle: Bundesanstalt für Straßenwesen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Top verstopft

Die zehn größten Staufallen

Autobahnabschnitt	Gemeldete Staudauer in Stunden	Zahl der Stau-meldungen
A 100 Wedding – Neukölln	13.268	17.138
A 3 Oberhausen – Köln	5.007	5.944
A 5 Karlsruhe – Basel	4.865	2.404
A 2 Dortmund – Hannover	4.420	4.617
A 8 Karlsruhe – Stuttgart	4.271	3.360
A 8 Stuttgart – München	3.379	3.327
A 57 Köln – Krefeld	3.289	2.754
A 7 Flensburg – Hamburg	3.283	2.315
A 8 München – Salzburg	2.973	2.879
A 3 Köln – Frankfurt	2.952	3.096

Autobahnabschnitt: beide Fahrrichtungen
Stand: 2011; Quelle: ADAC

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Wie sich die Lücke schließen lässt

Demografischer Wandel. Geringe Geburtenzahlen und eine alternde Bevölkerung führen in den nächsten Jahren zu einem spürbaren Fachkräftemangel in Deutschland. Gelindert werden könnte er durch Zuwanderer, Innovationskraft sowie eine bessere Nutzung der vorhandenen Arbeitsmarktpotenziale.

Schon heute sind sie knapp, in Zukunft könnten sie geradezu kostbar sein: Fachkräfte. Ob Statistisches Bundesamt, Politik oder Bevölkerungs- und Arbeitsmarktexperten – alle sind sich einig, dass Deutschland aufgrund des demografischen Wandels demnächst mehr und mehr Arbeitskräfte fehlen.

Richtig spürbar dürfte der Fachkräftemangel ab dem Jahr 2020 werden. So hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung berechnet, dass das Erwerbspersonenpotenzial bis 2025 um rund 3,5 Millionen Menschen sinkt – selbst unter günstigen Voraussetzungen wie weiter steigende Erwerbstätigenquoten von Frauen und Älteren sowie einer jährlichen Nettozuwanderung von 100.000 Personen.

Um den Auswirkungen des demografischen Wandels entgegenzutreten,

müssen gleich mehrere Instrumente gleichzeitig eingesetzt werden. Bei den relevanten Punkten hat es seit dem Jahr 2000 kleinere und größere Fortschritte gegeben:

- **Mehr Nachwuchs.** Für das Fachkräfteangebot spielt die Geburtenrate in einer Volkswirtschaft eine entscheidende Rolle. In Deutschland bekommen die Frauen allerdings vergleichsweise wenige Kinder: Die Geburtenrate erreichte 2011 einen Wert von 1,36 und liegt damit in etwa auf dem Niveau der vergangenen Jahre (Grafik Seite 7).

Der Kita-Ausbau sowie weitere Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf können die Realisierung von Kinderwünschen künftig zumindest einfacher machen.

- **Mehr Zuwanderer.** Auch Fachkräfte aus dem Ausland können

Engpässe auf dem Arbeitsmarkt lindern. In den vergangenen Jahren ist die Nettozuwanderung deutlich gestiegen, 2011 sind unterm Strich fast 280.000 Menschen mehr nach Deutschland gekommen, als weggezogen sind. Verstärkt hat sich zuletzt vor allem der Zustrom aus den Euro-Krisenländern und aus Osteuropa (Grafik):

Zwischen Juni 2011 und Juni 2012 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus diesen Ländern um fast 116.000 auf insgesamt 809.000 Personen.

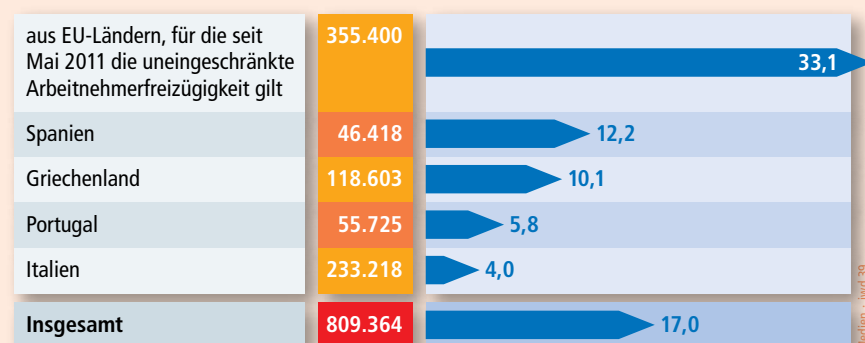
Die Zuwanderer sind darüber hinaus besser qualifiziert als früher. Im Jahr 2000 hatten lediglich 16 Prozent der 25- bis 64-jährigen Einwanderer einen Hochschulabschluss, 2009 waren es bereits 28 Prozent – von der hier lebenden Bevölkerung gleichen Alters hatten nur 18 Prozent ein abgeschlossenes Studium (vgl. iwd 27/2012).

Zur Fachkräftesicherung tragen überdies neue Zuwanderungsregeln wie die Blaue Karte bei, die attraktive Zuwanderungsbedingungen für Akademiker aus Staaten außerhalb der EU schaffen. Auch eine verbesserte Willkommenskultur sowie Informationsangebote wie das Internetportal www.make-it-in-germany.com sind wichtig, um ausländische Fach- und Führungskräfte für Deutschland zu gewinnen. Wichtige Impulse setzen darüber hinaus die Goethe-Institute, die in mehr als 90 Ländern dafür sorgen, dass zugewillige Arbeitnehmer die deutsche Sprache lernen können.

- **Längere Lebensarbeitszeit.** Bereits im vergangenen Jahrzehnt hat sich

Deutschland: Mehr Zuwanderer aus Europa

- So viele Beschäftigte besaßen im Juni 2012 diese Staatsangehörigkeit
- Zunahme gegenüber Juni 2011 in Prozent



Die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt seit Mai 2011 für Polen, Ungarn, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

die Erwerbstätigkeit Älterer deutlich erhöht: Während im Jahr 2000 in Deutschland nur 37 Prozent der 55- bis 64-Jährigen einer Beschäftigung nachgingen, waren es 2011 bereits 60 Prozent. Die Rente mit 67 wird diese Entwicklung noch verstärken.

- **Früherer Berufseinstieg.** Dass junge Leute heute eher ins Berufsleben einsteigen als noch vor ein paar Jahren, hat eine ganze Reihe von Gründen. Der Nachwuchs wiederholt seltener Klassen und verlässt aufgrund der neuen Studiengänge auch schneller die Hochschulen.

Das Durchschnittsalter der Hochschulabsolventen sank zwischen 2000 und 2011 um anderthalb auf knapp 27 Jahre; aufgrund der verkürzten Gymnasialzeit dürfte es künftig noch weiter abnehmen.

Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist kräftig gesunken: Seit 2005 hat sie sich mehr als halbiert und liegt nun bei 6 Prozent.

- **Höherer Bildungsstandard.** Aufgrund ihrer besseren Qualifikation gelingt mehr Jugendlichen der nahtlose Übergang von der Schule in den Beruf: So werden die PISA-Ergebnisse kontinuierlich besser. Die Zahl derer, die kein Abitur oder keine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen können, hat sich hingegen verringert.

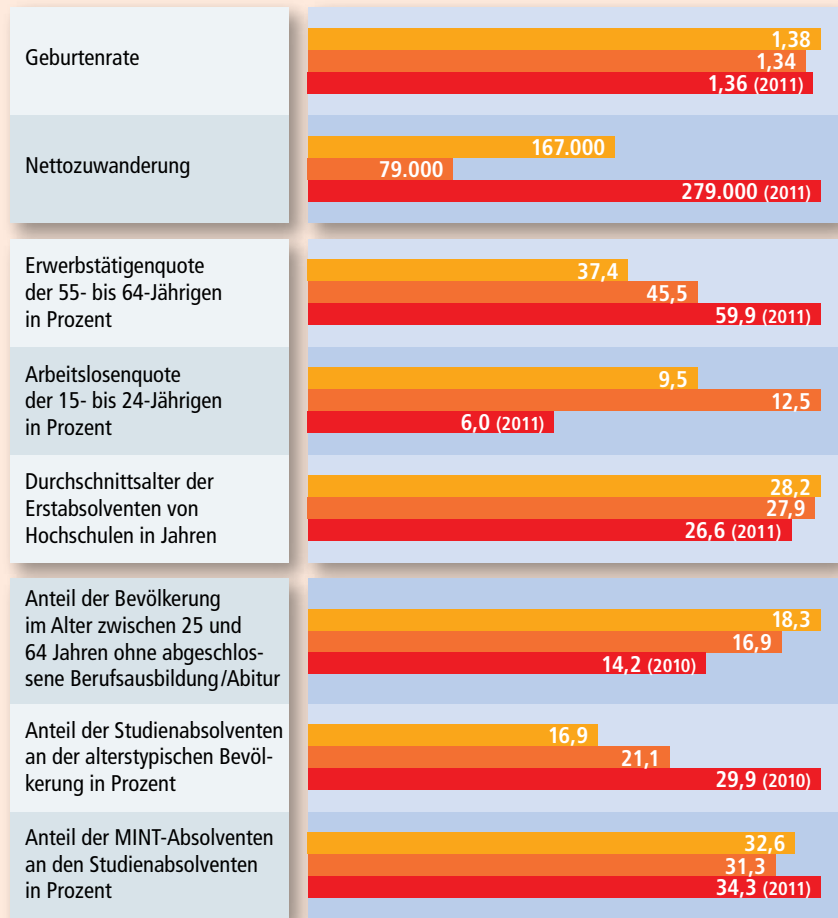
Um die Bildungsarmut weiter erfolgreich zu bekämpfen, sollte insbesondere die frühkindliche Bildung gestärkt werden. Dazu zählt der stetige Ausbau an Kinderbetreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige. Große Erwartungen werden auch an die Sprachstandserhebungen und die Sprachförderprogramme für Kindergartenkinder geknüpft.

- **Mehr Innovationskraft.** Deutschlands Innovationskraft hängt stark vom Know-how seiner Beschäftigten

Zehn Jahre haben Deutschland verändert

Für den demografischen Wandel bedeutende Indikatoren in Deutschland

■ 2000 ■ 2005 ■ aktuell



Ursprungsdaten: Eurostat, Statistisches Bundesamt, OECD, Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iud 39

ab. Auch hier hat sich einiges getan: Seit dem Jahr 2000 ist die Studienabsolventenquote von 17 auf 30 Prozent gestiegen. Den sogenannten MINT-Kräften – also den Absolventen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – kommt dabei eine besondere Stellung zu. Ihre Zahl hat allein schon aufgrund des allgemeinen Absolven-

tenanstiegs zugenommen. Zudem hat sich auch der Anteil derer, die ein MINT-Studium absolviert haben, zuletzt leicht erhöht. Um diesen Erfolg nachhaltig zu sichern, sollten die MINT-Fächer weiter gestärkt werden. Das Portal www.mintzukunftschaften.de beispielsweise vernetzt MINT-Initiativen und -Projekte in Deutschland.

Demografie-Gipfel

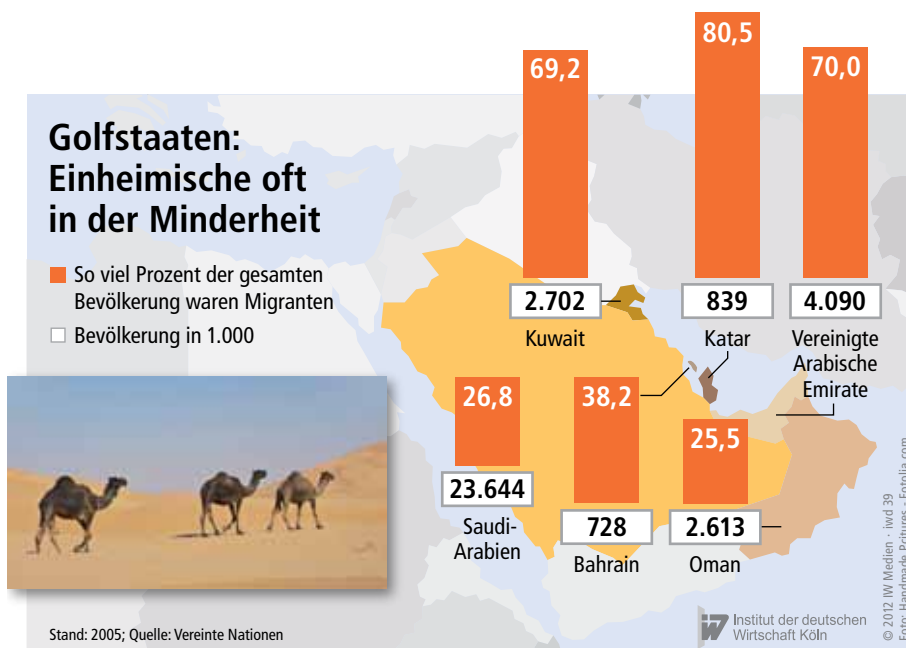
Am 4. Oktober läutet die Bundesregierung mit einer ersten Veranstaltung, an der auch Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnimmt, ihren Dialogprozess zur Demografiestrategie ein. In insgesamt neun Arbeitsgruppen sollen konkrete Maßnahmen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands entwickelt werden. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln bringt hierbei seine Kompetenz in den Feldern der Bildungs-, Familien-, Arbeitsmarkt- und Zuwanderungspolitik ein und arbeitet in vier Arbeitsgruppen mit.

Auf zum Golf

Migranten. Sie halten die Wirtschaft in Schwung und bauen all die neuen Wolkenkratzer – ohne Gastarbeiter würde am Arabischen Golf kaum etwas laufen. In Katar etwa kommt jeder dritte Einwohner aus Pakistan oder Indien, Einheimische sind mittlerweile in der Unterzahl.

Das Scheichtum Katar ist ein reicher Staat. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 103.000 Dollar je Einwohner steht das Land regelmäßig noch vor Luxemburg an der Spitze internationaler Ranglisten. Auch die anderen Staaten des Golfkooperationsrats, Kuwait, Saudi-Arabien, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate und der Oman, zählen zu den Wohlhabenden der Welt.

Zu verdanken haben diese Länder ihren Wohlstand vor allem einer Gruppe – den Gastarbeitern. Durch sie wächst die Wirtschaft und steigen die Einwohnerzahlen. Laut dem World Factbook der CIA dürfte die



Bevölkerung Katars in diesem Jahr um mehr als 4 Prozent wachsen. Auch die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain erwarten in diesem Jahr einen kräftigen Bevölkerungsschub durch die Zuwanderung. In manch einem Golfstaat sind die Einheimischen sogar schon in der Minderheit (Grafik):

In Katar waren bereits im Jahr 2005 rund 80 Prozent der Bevölkerung Migranten.

Von den etwa 23,6 Millionen Einwohnern Saudi-Arabiens stammten dagegen nur gut 26 Prozent aus dem Ausland. Trotzdem ist der Ausländeranteil immer noch mehr als doppelt so hoch wie der in Deutschland.

Ein Großteil der Immigranten kommt aus Südasien. Die männlichen Inder, Pakistanis, Nepalesen und Bangladescher arbeiten meist auf dem Bau und in einfachen

Dienstleistungsjobs. Frauen finden hauptsächlich eine Beschäftigung als Haushaltshilfe.

Die Zahl der männlichen Gastarbeiter übersteigt die der weiblichen allerdings stark, was sich auch in der Bevölkerungszusammensetzung der Golfstaaten widerspiegelt, vor allem bei den Erwerbsfähigen im Alter von 15 bis 65 Jahren: In Katar kommen vier, in Bahrain zwei Männer auf eine Frau. Erst im Alter sind die Verhältnisse wieder ausgeglichen.

Mit ihrem Einsatz sind die Gastarbeiter aber nicht nur für die Wirtschaft der Golfstaaten von großer Bedeutung, sondern auch für ihre Herkunftsländer. Die Geldtransfers in die Heimat machen beispielsweise in Nepal etwa 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Sylvia Miskwicz, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Angelika Goldenberg

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer

Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.